Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 2

Artikel: Staatssozialismus, Genossenschaftssozialismus oder - Sozialismus?
Autor: Baumann, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334252

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

21. JAHRGANG – OKTOBER 1941 – HEFT 2

Staatssozialismus, Genossenschaftssozialismus oder – Sozialismus?

Von Fritz Baumann, Aarau

Die Französische Revolution hat den Menschen die Freiheit versprochen. Sie hat die Freiheit gebracht den Starken und Rücksichtslosen. Es war die Ellbogenfreiheit, eine Freiheit zur Ausbeutung der Anständigen und Schwachen. Die sozialistische Bewegung möchte die Freiheit *allen* Menschen bringen dadurch, daß sie ihnen allen ein Leben sichert, das frei ist von drückender Sorge um Nahrung, Kleidung und Wohnung. Wer das Seine, das heißt das ihm Mögliche beiträgt zur Befriedigung der Bedürfnisse aller, der soll vom gemeinsam Erschafften erhalten, was er nötig hat, und soll — neben seiner Arbeit für die Allgemeinheit — seine körperlichen und geistigen Kräfte nach seinem Willen gebrauchen und gestalten können.

Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Nachdem die schrankenlose wirtschaftliche Freiheit, die die Französische Revolution gebracht hat, zum Kapitalismus, das heißt zur Aufhäufung des Reichtums — und damit zur Anhäufung der wirtschaftlichen und politischen Macht — in den Händen Weniger geführt hat, ist es notwendig, daß der vom gesamten Volk erschaffene Reichtum wieder in die Hand des Volkes übergeführt wird, damit er dem ganzen Volk diene. Die frühere sozialistische Bewegung sprach daher — wenigstens in ihrer vulgären Ausprägung — gern von der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Man betrachtete eine stark zentralistische Organisation für notwendig, von der aus das wirtschaftliche und damit das gesellschaftliche Leben im Interesse Aller gelenkt werden sollte.

Schon lange ist man von diesem Staatssozialismus abgerückt, und zwar mit Recht. Denn es hat sich gezeigt, daß die Neigung der zentralistischen Ordnung zur Verbürokratisierung groß ist, und daß Bürokratisierung nicht Leben bedeutet, sondern Herrschaft des Schemas und der Routine, der Verknöcherung und Verkalkung. Und ferner hat es sich gezeigt, daß das Ziel, die Zurückdrängung des ausbeuterischen Kapitalismus und die Nutzbarmachung der Produktivkräfte im Interesse der Allgemeinheit teilweise auch auf andern Wegen als denen der zentralistischen Verstaat-

lichung zu erreichen ist. Davon, daß die sozialistische Bewegung alles verstaatlichen wolle, sprechen heute nur noch Dummköpfe und Verleumder. Wir sprechen von *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel und verstehen darunter die Summe der Maßnahmen verschiedenster Art, die geeignet sind, den Kapitalismus zu überwinden und den Reichtum der Erde allen Schaffenden zukommen zu lassen: Gewisse Aufgaben braucht nicht der zentralistische Staat zu besorgen, sondern dazu sind autonome, das heißt selbständig entscheidende Gemeinden oder Kantone besser geeignet. Andere Aufgaben können öffentliche oder private Genossenschaften besser lösen, als Staat oder Gemeinden usw. Aber es bleiben auch Aufgaben, die gesamtschweizerisch, vielleicht gesamteuropäisch, ja sogar gut und zweckvoll nur von einem weltumfassenden Völkerbund gelöst werden können, wobei Zentralismus nicht zu vermeiden ist.

Sind das nicht Selbstverständlichkeiten? Ist es nicht überflüssig, sie zu wiederholen? Eine Strömung der letzten Monate in der sozialistischen Bewegung der Schweiz zeigt, daß es doch nicht unnütz ist, auf diese Fragen wieder einmal ganz nüchtern zurückzukommen.

Die internationalen Verhältnisse nötigen uns, dem Bundesrat und damit der zentralistischen Bürokratie mehr Aufgaben aufzubürden, als uns lieb ist. Die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen und deren Verteilung im Interesse der gesamten Volkswirtschaft muß zwangsläufig in weitestem Maße «von Bern aus» geschehen. Daraus erwachsen notwendige Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit jedes einzelnen Bürgers. Sie freuen uns nicht, sie verstimmen uns. Vieles muß improvisiert werden. Das führt zu Fehlleistungen. Auch sie verstimmen. Einzelne Beamte kommen zu Macht und Bedeutung, die ihnen in den Kopf steigt. Ihr Gehaben verstimmt. Und zuletzt bleibt nichts als Mißmut gegenüber dem «Staatssozialismus», wie der Kriegszentralismus gerne genannt wird. Das ist nicht nur die Stimmung im Bürgertum. Auch in den Kreisen der Arbeiterschaft tönt es so. Und hier klingt dann etwas anderes hinein: Genossenschaftssozialismus! Die Genossenschaft stund am Anfang unseres staatlichen Lebens. Sie ist der echte Quell des Sozialismus. Und dann folgt ein vielfältig Loblied auf Genossenschaftsgeist und genossenschaftliche Formen, deutlich als Gegensatz zu den staatlichen Organisationen, die teilweise recht mühsam funktionieren und mannigfache Mängel aufweisen.

Die Betonung und Herausarbeitung dieses Gegensatzes ist falsch und gefährlich.

Die staatliche Organisation ist nicht an sich schlecht und zu verwerfen, wie die folgerichtigen Anarchisten es behauptet haben und wie mit ihnen im stillen sympathisierende Sozialisten es wieder tun. Die sozialistische Bewegung wird nie ohne weitestgehende Organisation des wirtschaftlichen und geistigen Lebens auskommen — zum Schutz der Schwachen, denen sie ja dienen will. Ob man diese Organisation Staat nennt oder ihr einen andern Namen gibt, ist ein Streit um Worte.

Und die Genossenschaft ist nicht an sich gut, wie man beim Anhören ihrer Lobredner meinen möchte. Einzelne Überreste der uralten Markgenossenschaften der Innerschweiz, die sich erhalten haben, zum Bei-

spiel Alpgenossenschaften im Kanton Schwyz, sind sogar ausgesprochen schlecht geworden. Sie lassen die Alpen auf unverantwortliche Weise verwildern und verlottern. Und es ist nicht zu verkennen, daß Duttweiler kommen mußte, um manche neuere Genossenschaft aufzurütteln, die meinte, ihr bequemes Dasein genüge, um ihre Fortdauer zu rechtfertigen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, staatlichen Zentralismus und genossenschaftliche Tätigkeit gegeneinander auszuspielen, sondern zu erkennen, daß staatliche Verwaltung, Gemeindeautonomie, selbständige öffentliche Körperschaft, zum Beispiel kantonale Brandversicherungsanstalten, sogar privatrechtliche Körperschaften im Besitz der Gemeinwesen (Kraftwerke, Gaswerke usw.), Genossenschaften jeder Art *im Zusammenspiel der Kräfte* am besten geeignet sind, zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu führen. Unsere Sache ist, zu untersuchen, wie die mannigfaltigen Aufgaben am zweckmäßigsten von den einzelnen in Frage kommenden Organisationen gelöst werden können. Wir werden uns dabei mit größter Sympathie des Genossenschaftsgedankens und der Gemeindeautonomie annehmen und nach Möglichkeit selbständige Verantwortlichkeiten auch auf den untern Stufen der gesellschaftlichen Organisation schaffen, damit der lebendige Mensch zu seinem Recht kommt und nicht alles eingespannt wird in ein starres bürokratisches Räderwerk, das zu tödlicher Langeweile und zum Verdorren aller schöpferischen Initiative führt. Aber wir werden Selbstverständlichkeiten nicht übersehen: daß viele Aufgaben nur von der größten öffentlichen Gemeinschaft, vom Staat, gelöst werden können. Es ist uns für das Militärwesen, für Bahn, Post, Telephon selbstverständlich, ebenso für manche Aufgaben der Kriegszeit. Daher müssen wir zu dieser staatlichen Tätigkeit stehen und dürfen sie nicht grundsätzlich verächtlich machen und in Verruf bringen. Denn sollte einmal an uns die Aufgabe herantreten, das Steuer des Staates zu ergreifen oder mit ans Steuerrad zu stehen, so müßten wir — gern oder ungern — den staatlichen Apparat auch spielen lassen.

Diese grundsätzliche Anerkennung zentralstaatlicher Aufgaben und Organisationen heißt aber nicht bedingungslose Zustimmung zu dem, was heute «in Bern» geschieht. Im Gegenteil ist es Aufgabe der Sozialisten, die Mängel der Bundesbürokratie mit aller Schärfe zu kritisieren. Wenn schon ein zentralistischer Apparat nicht entbehrt werden kann, so darf die öffentliche Kritik an ihm nicht ruhen, soll er nicht im schlimmen Sinne zum dürren bürokratischen Apparat werden, ganz abgesehen davon, daß an der Spitze der Bundesverwaltung fast durchweg Leute stehen, die nicht nur keine Sozialisten, sondern Antisozialisten sind und in erster Linie Staatskapitalismus betreiben, das heißt die Staatsmacht dazu verwenden, um die bisherige kapitalistische Wirtschaft zu erhalten, und Staatssozialismus, das heißt Verwendung der Staatsmacht im Interesse der ganzen Volksgemeinschaft, nur soweit sie durch die Verhältnisse dazu gedrängt werden.

In ähnlicher, ja vielleicht in noch eindringlicherer Weise müssen wir das Gebaren der Genossenschaften und in den Gemeinden und andern Körperschaften kontrollieren, die dem allgemeinen Wohl dienen sollen. Damit sie nicht entarten und nicht einschlafen, sondern die Menschen,

die in ihnen tätig werden, lebendig erhalten und wachsen lassen für die größeren Aufgaben, die im demokratischen sozialistischen Gemeinwesen ihrer harren. Nicht Staatssozialismus oder Genossenschaftssozialismus kann unsere Parole sein, sondern — Sozialismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der Allgemeinheit in den verschiedensten Formen, je nach deren Eignung. Dabei ist von größter Wichtigkeit, daß wir wirksame Kontrollen gegen Entartungen jeder Art schaffen, gegen die bequeme Erschlaffung wie gegen die eigennützige Ausbeutung durch die Träger der Organisationen, gegen sinnlose Vergeudung öffentlicher Mittel wie gegen ängstliche Verantwortungsscheu.

Heute ist diese Kontrollfrage auf keinem Gebiete zufriedenstellend gelöst. Die richterliche Überprüfung ist sozusagen auf dem gesamten Gebiet der staatlichen Verwaltung, die heute ein ungeheures Übergewicht besitzt, ausgeschlossen. Die parlamentarische Überprüfung ist nur sehr bedingt wirksam, weil die nebenamtlichen Prüfungskommissionen angesichts des gewaltigen Umfangs der Verwaltung auf Einzelheiten, die in ihrer Summierung möglicherweise entscheidende Einflüsse ausüben, nicht eingehen können. Die öffentliche Kritik ist zum Teil durch die Presseordnung gehemmt, und zum Teil werden übelste Mißstände unter dem Druck des Amts- und Berufsgeheimnisses verborgen gehalten und so Abhilfen verunmöglicht. Es müßte ernstlich die Frage geprüft werden, ob nicht von der Verwaltung unabhängige, nur dem Parlament verantwortliche, hauptamtliche Kontrollorgane geschaffen werden sollten, um die Verwaltung auf gesetzmäßiges und zweckdienliches Verhalten hin zu kontrollieren — im rechtverstandenen Interesse der Verwaltung selbst. Denn nichts schadet ihrem Ansehen so sehr und schwächt das Vertrauen in sie stärker als das Gefühl des Bürgers, daß sie unkontrolliert und willkürlich schalten und walten könne und es hiergegen keinen Schutz und keine Abwehr gebe.

Doch sollte diese Frage nur angetönt werden. Sie steht mit dem gestellten Thema nur insofern im Zusammenhang, daß sie zeigen will, daß man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten darf: Mißbehagen gegenüber zentralistischer Regierung und Verwaltung darf nicht kurzerhand zur Verwerfung dieser Institutionen führen, sondern gibt nur Anlaß zur Absteckung der Grenzen des Zentralismus und zur Untersuchung, wie er am besten unter wirksame öffentliche Kontrolle gestellt werden könne.

Die nächste Weltkrise

Von Otto Wild

Vor zehn Jahren begannen merkwürdige Meldungen durch die Presse zu kreisen. Leider hat die Welt für unangenehme Dinge ein schlechtes Gedächtnis. Es seien darum einige dieser Telegramme hier wiederholt:

> Neuyork, 16. Aug. Die Regierung in Washington hat mit sofortiger Wirkung beschlossen, an diejenigen Baumwollpflanzer, die sich bereit erklärt haben, 25 bis 50 Prozent ihrer Ernte zu zerstören, *100 Millionen Dollar* zu